

# ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen Bürger:innen Forums



AZB 4001 Basel  
Europäisches Bürger:innen Forum, 4001 Basel  
Die Post CH AG

Vor der Abfahrt nach Beirut - die Kinder von Buzuruna Juzuruna. Foto: die Autorin.

**LIBANON**

## Das Leben im Krieg

Wie bereits in der letzten Ausgabe von Archipel erwähnt, schickt uns Charlotte, die seit zehn Jahren im landwirtschaftlichen Projekt «Buzuruna Juzuruna» in der Bekaa-Ebene lebt und sich dort engagiert, täglich Nachrichten aus dem Libanon. Hier sind Auszüge daraus von den letzten Tagen (7.–18. Mai). Und danach zwei sehr unterschiedliche Beiträge von Dominique Eddé, einer libanesischen Dichterin.

### Tagebuch aus dem Libanon

**7. Mai:** Hallo! Heute sind wir nach Saida im Süden gefahren, zwischen Beirut und Sour. Wir haben 10.000 Setzlinge von Tomaten, Paprika, Chili, Auberginen und Basilikum verteilt. Dann Sommer-Saatgut an etwa dreissig Bäuerinnen und Bauern aus der Region Saida. Morgen und übermorgen setzen wir die Verteilung von Setzlingen und Saatgut im Norden der Bekaa und in einem Dorf im Libanongebirge fort, wo es viele Vertriebene aus dem Süden gibt. Nächste Woche beenden wir unseren Einsatz im Süden mit einer weiteren Verteilung. Die Zahl der Getöteten steigt weiter an: 2727 Tote durch die israelische Armee und 8440 Verletzte seit Anfang März. Die Intensität der Bombardierungen und Zerstörungen ist enorm. Es geht ihr offenbar darum, alle Erinnerungen auszulöschen.

**8. Mai:** Ich habe sehr anstrengende Wochen hinter mir und spüre jetzt deutlich die Müdigkeit. Es ist eine Zeit, in der wir überall hinrennen, und ich gebe zu, dass ich diejenige bin, die am liebsten alles machen würde :)). ... Heute habe ich neue Zahlen, damit ihr euch ein Bild vom Wahnsinn des zionistischen Regimes machen könnt: Mehr als 30 Menschen wurden innerhalb von 24 Stunden getötet, darunter auch Kinder. 56.264 Hektar im Libanon wurden durch die zionistischen Angriffe zerstört. 80 Prozent der Landwirt:innen im Süden wurden vertrieben. 1.848.856 Tiere wurden durch die Besatzung getötet. 29.000 Bienenvölker sind gestorben. 72 Dörfer wurden seit dem 26. April von den Zionisten zwangsevakuert und massiv zerstört. Weiter nördlich von uns in der Bekaa

### Jede NEIN-Stimme ist wichtig!

Liebe Leserinnen und Leser in der Schweiz

Am 14. Juni sollen wir bei der Volksabstimmung über das Schicksal unserer Mitmenschen entscheiden. Falls Ihr noch nicht alle Stimmberechtigten in Eurer Umgebung überzeugen konntet, gegen die 10-Millionen-Initiative zu stimmen: Es gibt einen sehr aufschlussreichen Faktencheck auf der Website von «Solidarité sans frontières» (Sosf.ch), in dem die schlimmsten Argumente der SVP widerlegt werden. Eine ausgezeichnete Grundlage, um in allen Punkten bestens argumentieren zu können. Danke für Euer Engagement und viel Glück! Bleiben wir weiterhin aktiv für eine offene Schweiz!

Die Redaktion

hat die israelische Armee vor einer Stunde bombardiert.

**9. Mai:** Heute wurden im Libanon mehr als 110 Bombardements aller Art gezählt. Darunter viele Massaker an Zivilist:innen. Sie versuchen jede Minute, jeden Zentimeter Land, jeden Herzschlag, jede Familienerinnerung, jedes Lächeln zu zerstören. Ein 12-jähriges Mädchen war mit ihrem Vater auf einem Motorroller unterwegs. Eine Drohne nahm sie ins Visier, beide wurden auf die Strasse geschleudert, starben aber nicht auf der Stelle. Der Vater entfernte sich von seiner Tochter, um allein zu sterben. Er wurde ein

zweites Mal ins Visier genommen – getötet. Das kleine Mädchen rannte in Deckung. Die Drohne nahm sie noch einmal Mal ins Visier – ermordet. Sie war 12 Jahre alt. 36 Menschen wurden heute von den Völkermördern getötet. Diese Menschen hatten Namen.

**10. Mai:** Hallo, heute haben wir einen Ausflug ans Meer gemacht – es war toll und ist gut für die Stimmung! Zum Krieg: Über 50 Menschen wurden in den letzten 24 Stunden getötet. Wieder wurden Dörfer zur Evakuierung gezwungen – wir sind mittlerweile bei 80 evakuierten Dörfern angelangt. Es ist Krieg, kein Waffenstillstand. Manchmal, wenn ich schreibe, wird mir bewusst, wie sehr es zwei Leben am selben Tag und im selben Land sind – in diesem so kleinen Land.

**11. Mai:** Den Tag mit dem Lärm der Drohnen beginnen, Blumen pflanzen, niemals ihrer psychologischen Manipulation nachgeben, weiter Widerstand leisten – selbst bei diesem schrecklichen Lärm über unseren Köpfen. Im Süden verteilten zwei Männer Brot in ihrem Dorf, in dem sie beschlossen hatten zu bleiben. Ein zionistischer Angriff hat sie heute Morgen getötet. Es ist einfach so, dass sie jeden vernichten wollen, der Widerstand leistet. Die Besatzung wird immer der Feind der Zivilbevölkerung sein. Was im Süden des Landes geschieht, sind genau dieselben Techniken, die sie in Gaza anwenden, nur auf einem grösseren Gebiet. Es gab nie einen Waffenstillstand – weder 2024 noch 2026. Jede Minute meines Tages und meiner Nacht erhalte ich Nachrichten von verschiedenen Gruppen, die von Bombardements, Massakern, Drohnen, Phosphor, Zerstörungen, Entführungen berichten... Jede Minute – könnt ihr euch das vorstellen? Kurz gesagt, an manchen Tagen kommen Wut und Zorn in mir stärker hoch als an anderen.

**13. Mai:** Heute hat die zionistische Armee Autos ins Visier genommen – etwa fünfzehn Menschen wurden getötet, darunter ganze Familien. Jeden Tag spürt man, dass das wohl noch andauern wird – leider...

**15. Mai:** Hallo, hallo! Da bin ich wieder. Gestern hatten wir ein gemeinsames Treffen auf unserem Bauernhof, um darüber zu sprechen, wie wir als «Buzuruna Juzuruna» Projekte unterstützen wollen. Dann habe ich den Transporter unseres Freundes Hadi mit Setzlingen gefüllt, um sie heute im Süden zu verteilen – in einem palästinensischen Lager in der Stadt Sour. Wir sind zu viert gefahren; der Transporter voll mit Setzlingen, Futter für die Hühner, Katzen und Hunde. Ein langer, sehr schöner und sehr intensiver Tag. Der Garten, in dem wir Setzlinge verteilt haben, gehört Hamada und Ahmed. Hamada ist Imker. Er hat uns seinen Honig probieren lassen und wir haben seinen Tee aus wilden Kamillenblüten getrunken, inmitten von Maulbeerbäumen, Hühnern und Enten. Danach fuhren wir zurück in Richtung Saida, wo wir einen Zwischenstopp im Gemeinschaftsgarten von Nohieh el-Ard einlegten, um dann weiter nach Beirut zu fahren. Dann bin ich mit meinem Motorrad nach Hause gefahren. Der Unterschied zwischen dem Süden und der Rückkehr nach Beirut ist sehr schockierend. Die Stadt Sour war leer, und viele Vier-

tel werden oft bombardiert – nur sehr wenige Menschen sind geblieben. In Beirut hingegen gehen die Leute abends in die Bar. Eineinhalb Stunden Unterschied zwischen den beiden Städten. Zwei verschiedene Welten. Es ist bitter, den Süden so zu sehen.

**16. Mai:** Tag in der Bekaa, gegen Abend im Garten. Heute ist der erste Tag der Verlängerung des nicht existierenden Waffenstillstands um 45 Tage. 40 Dörfer wurden innerhalb von 24 Stunden bombardiert. Etwa fünfzehn Menschen wurden getötet, darunter Rettungskräfte. Seit einem Monat wurden 106 Dörfer im Süden und in der Bekaa von der zionistischen Regierung zur Evakuierung gezwungen. Der libanesischer Staat begrüsst die Fortschritte bei der Kapitulation gegenüber Israel. Wir sind noch lange nicht über den Berg...

**18. Mai:** Wenn die internationale Flottille für Gaza etwa 500 km vor Palästina von der Besatzungsarmee entführt wird, wenn das abscheuliche Gesetz zur Todesstrafe für Palästinenserinnen heute in Kraft tritt, wenn die Bombardements in Gaza und im Libanon nicht aufhören, wenn immer wieder Zivilistinnen von der israelischen Armee ermordet werden. Wenn seit fast drei Monaten mehr als 3000 Menschen im Libanon getötet wurden. Dann müssen wir weitermachen, Widerstand leisten, teilen, Solidaritätsveranstaltungen organisieren, säen, pflanzen. Leben und tanzen für eine gerechtere Welt, lachen und den Kopf hochhalten. Nicht aufgeben!

Charlotte\*

\* Charlotte ist Französin und Schweizerin. Sie ist Mitglied des Europäischen Bürger:innen Forums und steht uns sehr nahe. Siehe auch ihren Artikel «Konkrete Solidarität», Archipel 357, April 2026

## Das Licht in der Dunkelheit

**Joseph Andras, L'Humanité:** *«Beirut lag in Trümmern und Palästina war zerstört». Vielleicht erkennen Sie, Dominique Eddé, diesen Satz wieder. Er stammt von Ihnen. Er ist über zwanzig Jahre alt. Man findet ihn in Ihrem Roman «Cerf-volant». Der Libanon steht heute unter Bombardement und Palästina ist zerrissen. Ganz zu schweigen vom Iran. Wie lebt man mit diesen Worten, die sich offenbar ständig wiederholen lassen?*

**Dominique Eddé:** Hier im Libanon sind die Brücken im wörtlichen und im übertragenen Sinne gesprengt worden. Alle Verbindungen werden angegriffen, wie ich Ihnen bereits sagte. Überall: vor Ort, in den Argumentationen, den Gefühlen, bis hin in die Erinnerungen hinein. Im Abstand von 100 Metern existieren Tag und Nacht nebeneinander. Zelte von Vertriebenen reihen sich am Fusse der grossen Hotels aneinander. Luxushäuser werden mal zu Festungen, mal zu Schutzräumen umfunktioniert. Empathie und Misstrauen wetteifern

um die Blicke. Die Menschen wissen nicht mehr, wie sie zuhören oder sich mitteilen sollen. Wie sie schweigen sollen. Alle Meinungen liegen in der Luft. Und alles liegt blank. Da gibt es diejenigen, die sich noch immer mit dem «heldenhaften Widerstand» der Hisbollah identifizieren wollen und vergessen möchten, dass diese schwer bewaffnete Partei das politische Leben des Landes an sich gerissen, eine monokonfessionelle, messianische Struktur aufgebaut hat, die vom Iran und dem Drogenhandel finanziert wird und massgeblich an Al-Assads verbrecherischem Krieg gegen sein eigenes Volk beteiligt war.

Dann gibt es diejenigen, die noch gestern ihre Wut über die völkermörderischen Machenschaften der israelischen Armee in Gaza herausgeschrien haben und nun plötzlich glauben wollen, dass diese brandstiftende, suprematistische, offen annexionistische Macht an ihrer Befreiung arbeitet. Natürlich gibt es differenziertere Meinungen über das gesamte politische Spektrum hinweg, doch die Differenzierung, die per Definition ein Werkzeug der Klarheit sein sollte, ist zu einer Quelle des Leidens für alle geworden: für diejenigen, die sie einfordern, und für diejenigen, die sie nicht wollen. Sie wird von jenen, die das Bedürfnis haben, einem Lager anzugehören, als Aggression empfunden. Viele brauchen Hass, um durchzuhalten, oder aber unbegründeten Optimismus. Beides kann Hand in Hand gehen. Fast alle haben ein übermässiges Bedürfnis nach Gott. Alle stehen ohnmächtig da, ohne Ventil, ohne Hilfe. Illusion und Hass schaffen auf der einen Seite Verbundenheit, während sie diese auf der anderen Seite zerstören.

[...]  
*Der Titel eines Buches, das Sie 1999 veröffentlicht haben, greift dessen letzten Satz auf: «Sag mir, warum es so dunkel ist?» Ich stelle Ihnen also Ihre eigene Frage.*

Das Licht, wenn es dunkel ist, kann gerade deshalb magisch sein, weil es schwach ist. Es hängt von wenig ab, und dieses «Wenig» hängt von unserer Fähigkeit zu lieben ab. An der Entscheidung, sich nicht allein auf die eigene Ebene zu beschränken. Wenn ein Berg des Leidens durch den Wunsch und die Kraft, ihm einen Sinn zu geben, erklommen wird, ist er schon nicht mehr derselbe. Er eröffnet plötzlich den Horizont, wo er doch zuvor nur eine Mauer war.

Ein bisschen so, wie ein Gegenstand durch seinen Schatten verdoppelt wird. Und in diesem Schatten bleibt der Schmerz bestehen, aber auf andere Weise. Er verschmilzt mit der Landschaft. Er eröffnet plötzlich den Zugang zu einer Schönheit, von der er abgeschnitten war. Das kann das Lachen eines Kindes sein, das sich in deine Arme wirft. Es kann das Aufblitzen eines Lächelns auf einem sterbenden Gesicht sein. In beiden Fällen ist das Leben ganz nackt, ganz und gar, erfüllt von dem Geheimnis, das seinen Zauber ausmacht. [...]

Es ist das Leben, das der grosse politische Widerstand verteidigt. Er entsteht aus ihm. Wenn der Wille zum Mut nicht besiegt wird...

Dominique Eddé\*\*

\*\*Dominique Eddé, geboren am 18. Februar 1953 in Beirut, ist eine libanesischer Romanautorin, Essayistin, Übersetzerin und Lehrerin. Wir veröffentlichen hier zwei Auszüge aus einem Interview mit ihr, das Joseph Andras für die französische Tageszeitung L'Humanité am 4. Mai 2026 geführt hat.

# Widerstand aus Russland

**Ende März kamen wir aus allen Himmelsrichtungen zum Treffen des Europäischen Bürger:innen Forums zusammen, das dieses Mal in Mecklenburg-Vorpommern stattfand. Hier tauschten wir uns mit den Menschen aus, die dem extremen Rechtstrend in dieser Region etwas entgegensetzen. Erstmals luden wir auch junge Russ:innen aus Österreich, Frankreich, den Niederlanden und Deutschland ein, die sich miteinander im Widerstand auf mehreren Ebenen organisieren.**

Beginnen wir mit Lölja Nordic, die im Exil lebt und in Wien studiert. Sie ist seit einigen Jahren bei der «FAR – Feminist Anti-War Resistance» engagiert.<sup>1</sup> Die Organisation ist seit vier Jahren aktiv und begann als Signal-Chatgruppe. Sie versammelte feministische Gruppen aus verschiedenen Regionen Russlands und dem Ausland. Anfangs konzentrierten sie sich auf Strassendemonstrationen, verloren jedoch an Energie, da die Repression zu gross war und sahen sich gezwungen, in den Untergrund zu gehen: Von da aus veröffentlichten sie Antikriegszeitungen (die oft wie Lokalzeitungen aussehen), die zu Hause gedruckt und auf der Strasse verteilt wurden. Es ist wichtig zu wissen, dass sämtliche unabhängigen Medien von der Regierung blockiert werden.

## Feministischer Widerstand

Trotz der Gefahr, festgenommen zu werden, nützten sie auch den öffentlichen Raum, um Antikriegsflyer und Aufkleber zu verteilen. Ausserdem haben sie eine Präsenz in den sozialen Medien aufgebaut. Hier thematisieren sie insbesondere Genderfragen und den Krieg. Parallel dazu haben sie eine Zusammenarbeit mit Müttern oder Ehefrauen von Männern begonnen, die im Krieg sind, verletzt wurden oder gestorben sind. Mit ihnen versuchen sie, die Rückkehr von Soldaten nach Hause zu unterstützen. Sie versuchen auch, Kontakt zu Desertionskreisen herzustellen, auch hier mit besonderem Fokus auf Gefangene mit feministischem oder queerm Hintergrund. Sie sind dabei, ein Netzwerk von Aktivist:innen aufzubauen, um ukrainische Vertriebene aufzunehmen. Auch sind sie aktiv in Fragen der Abtreibung – eine aktuell noch wichtigere Problematik, da in diesen Kriegszeiten die Regierung will, dass Frauen zukünftige Soldaten gebären. Viele Regionen haben strenge Einschränkungen beim Zugang zu reproduktiver medizinischer Versorgung: Aufklärungsangebote zur Familienplanung, Empfängnisverhütung und

Schwangerschaftsabbrüchen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen der Russischen Union gelten auch für das von Russland besetzte Gebiet in der Ukraine. Sexuelle Gewalt ist

ebenfalls ein sehr wichtiges Thema aufgrund der Auswirkungen des Krieges auf die Rechte und die Sicherheit von Frauen. Die Gruppen von FAR verstehen sich als feministische Gruppen und nicht als Frauengruppen. Aus Sicherheitsgründen kann Lölja nicht über die Anzahl der Gruppen oder der Mitglieder sprechen, aber es gibt Zellen im ganzen Land. Es gibt viele Fragen, zu denen sie sich öffentlich nicht äussern kann.

Die FAR betreibt viel Fundraising über soziale Medien. Im Exil leisten ihre Mitglieder öffentliche Arbeit. Lölja floh am 22. März aus Russland (RU), nachdem sie wegen ihrer feministischen Aktivitäten des Terrorismus beschuldigt worden war. Es gibt aktive Gruppen in 15 verschiedenen Ländern; sie ist für diejenige in Österreich verantwortlich. Die Gruppen im Exil stehen in regelmässigem Kontakt mit aktiven Gruppen in RU. Eine ganz wesentliche Aufgabe ist es, daran zu arbeiten, die Gefahr und das Wesen des russischen Faschismus zu erklären: die



Zeichnung Basile Poty, Mai 2026

Gefahr eines Sieges Russlands für die ganze Welt und die damit einhergehende Stärkung des Faschismus überall. Damit verbunden ist natürlich die Frage der russischen fossilen Brennstoffe.

Lölja spricht auch den Konflikt mit antimilitaristischen Kreisen in Westeuropa an. FAR plädiert für die gerechtfertigte ukrainische Selbstverteidigung und die Unterstützung der ukrainischen Armee. Die Weigerung, die ukrainische Verteidigung zu unterstützen, die in gewissen linken Kreisen vorherrscht, führt oft zu einem völligen Verzicht auf jegliche Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung. Es gibt viele Möglichkeiten, die Ukraine zu unterstützen – über rein militärische Fragen hinaus, z. B. über die Stärkung der Zivilgesellschaft. Lölja meint, dass die russische Propaganda viel Desinformation betrieben und Narrative geschaffen hat, die leider in westlichen linken Kreisen vorherrschen.

### **Dekolonialer Widerstand**

Lidija\*, die zurzeit in Berlin lebt und Nadja\* die sich vor allem in und um Marseille aufhält, engagieren sich in der antikolonialen russischen Bewegung. Sie betrachten die Invasion der Ukraine als Teil des russischen Imperialismus. Nadja hat sich, bevor sie flüchten musste, mit indigenen Sprachen in Russland beschäftigt. Es gibt hier mehr als 200 Sprachen, Kulturen und ethnische Gruppen. Viele Menschen wurden zuerst vom Russischen Reich, dann von der Sowjetunion und nun vom modernen Russland kolonialisiert. Nadja führt uns zu einer Sichtweise auf verschiedene Formen des Imperialismus. Das Problem ist nicht nur Putins Person und Macht, sondern auch der Mangel an kritischer Sicht auf das koloniale System Russlands und die Unterdrückung asiatischer und anderer indigener Völker. Sie nennt Beispiele für Widerstand asiatischer Menschen, die oft ins Exil fliehen mussten.

In der Region Burjatien im Fernen Osten Russlands gab es zu Beginn der Invasion der Ukraine grosse Proteste. Es gibt dort viele anarchistische dekoloniale Gruppen, die sich um eine Signalgruppe herum organisiert haben, aber in den westlichen Medien nicht präsent sind. Lidija stammt aus Usbekistan, aus einer gemischten Familie, die nach Russland migrierte. Dies verleiht ihr die Perspektive aus der Migration, geprägt von Rassismus und dem sowjetischen System von Arbeitsverteilung. Sie ist Teil von Beda Media, eine Web-Zeitung in russischer und englischer Sprache ([www.beda.media](http://www.beda.media)). Die Redaktion ist horizontal organisiert. Einige haben Migrationserfahrungen bzw. indigene Wurzeln. Sie sind alle auf sehr unterschiedliche Weise vom russischen Kolonialismus betroffen. Zu Beginn des Krieges gab es viele Proteste indigener Völker gegen den Krieg, da sie die ukrainische Situation aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen mit der russischen Kolonialisierung verstanden. Ihr Fokus liegt nicht auf der Boshaftigkeit von Putins Politik, sondern auf der Fortsetzung eines Jahrhunderts kolonialer Praktiken Russlands. Die Ausdehnung der imperialen Grenzen begann bereits im 15. oder 16. Jahrhundert. Die heutige Grösse Russlands ist auf die koloniale Expansion nach Norden, Süden und Osten zurückzuführen. Es gibt Ähnlichkeiten, aber auch grosse

Unterschiede zwischen dem russischen und dem westlichen Kolonialismus. In Russland herrscht eine sehr ausgeprägte Hierarchie unter den verschiedenen Ethnien, verbunden mit religiöser Expansion und Herrschaft. Nomadische Bevölkerungsgruppen wurden zur Sesshaftigkeit gezwungen. Dieser Hintergrund erklärt die Motivation der Proteste der indigenen Bevölkerung gegen die gross angelegte Invasion in der Ukraine im Jahr 2022. Eine der sichtbarsten und direktesten Formen des Widerstands gegen den Kolonialismus ist die Beteiligung indigener Völker auf der Seite der ukrainischen Armee. Es gibt z. B. ein tschetschenisches Bataillon, das erklärt, seit 400 Jahren gegen das russische Imperium zu kämpfen und nun auf der Seite der Ukraine zu stehen.

Eine weitere Form des Widerstands zeigte sich zum Zeitpunkt der Mobilisierung für die Armee. Unter den indigenen Bevölkerungsgruppen war der Anteil der Zwangsmobilisierung höher. Diese Menschen befanden sich oft schon wenige Tage nach der Mobilisierung an der Front. Sie hatten viel weniger Rechtsberatung und kaum Wissen über ihre Rechte. Daher begannen Aktivist:innen, Männern bei der Flucht ins Ausland zu helfen, z. B. nach Polen oder Usbekistan. Es gibt Aktivist:innen unterschiedlicher ethnischer Herkunft. Indigene Aktivist:innen sind aufgrund rassistischer Einstellungen der Behörden und der Polizei mit härterer Repression konfrontiert. Sie versuchen, Beweise dafür in Berichte grösserer Institutionen wie UN-Agenturen einzubringen. Russische Narrative behaupten, dass die indigenen Gruppen oder Organisationen den russischen Staat abschaffen wollen, und stufen sie als terroristische Organisationen ein; 172 indigene Organisationen gelten heute als extremistisch oder terroristisch. Als Reaktion darauf versuchen solche Gruppen, sich manchmal als «Sprachaktivist:innen» zu präsentieren. Ein typisches Beispiel für russische Kolonialisierung ist das Öl: Wenn wir über russisches Öl sprechen, sollten wir wissen, dass es vom Land indigener Völker kommt.<sup>2</sup>

### **Die ökologische Bewegung**

Wanja\*, der in Amsterdam lebt, ist in sozialen und ökologischen Fragen engagiert. In RU werden die Umweltaktivist:innen ständig verfolgt; ihre Arbeitsbedingungen sind sehr schwierig. Sie werden unterdrückt, da sie erkennen, dass RU einen aktiven Krieg führt, massiv Rohstoffabbau betreibt und den verrückten Kapitalismus der 1990er Jahre fortsetzt. Das politische Bewusstsein der Menschen hat oft seinen Ursprung in lokalen Kämpfen (z.B. rund um den 40. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl). Lokales Umweltengagement politisiert, und oft beobachten wir, sagt Wanja, wie sich lokales Engagement zu globalem Aktivismus und einem Bewusstsein für die demokratischen Mängel des russischen Systems entwickelt. 25 Jahre Unterdrückung unter Putin betreffen auch die Umweltaktivist:innen. Sie sind zudem mit umweltschädlichen Gesetzen und der Zerschlagung oder Auflösung von Umweltbehörden durch die russische Regierung konfrontiert. Es gibt verschiedene Behörden, deren Kompetenzen und finanzielle Mittel teilweise oder massiv beschnitten wurden. Das russi-

sche Umweltministerium wurde in «Ministerium für Naturressourcen und Ökologie» umbenannt, wobei mit Naturressourcen vor allem deren Abbau gemeint ist. Die russische Wirtschaft ist vollständig mit den globalen Krisen verknüpft. Jede neue Krise führte in RU zu einer dauerhaften Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen.

Alle demokratischen Proteste werden unterdrückt. Ökologischer oder umweltpolitischer Widerstand ist weiterhin möglich, solange er nicht mit einer politischen Analyse der Verantwortlichkeiten einhergeht. Wanja nennt als Beispiel Proteste gegen eine Mülldeponie in der Nähe von Moskau. Diese führte zur Aufgabe des Projekts und zu einem Wechsel der lokalen politischen Führung. Nun ist in dieser Region jedoch eine verstärkte Unterdrückung von Kriegsgegnern zu beobachten.

Umweltproteste sind in Russland möglich, gewisse Erfolge sind ebenfalls möglich, es gibt etwa 70 lokale Siege pro Jahr. Manchmal auch auf grösserer, nationaler Ebene. Beispiel bei einer Ölpest im Schwarzen Meer: Tausende Menschen kamen, um bei der Säuberung des Ufers und der Strände zu helfen. Dies führte zu Verbindungen zu NGOs, es gab eine Petition, die innerhalb kürzester Zeit mehr als 100.000 Unterschriften erhielt. Dies gibt Hoffnung, dass der Umweltwiderstand weiterhin bestehen kann. Angesichts der Bedeutung des russischen Rohstoffabbaus ist die Existenz und die Unterstützung eines solchen Widerstands entscheidend. Sehr wichtig ist es, diesen Widerstand in Verbindung mit feministischen und indigenen Rechten sowie den allgemeinen Menschenrechten zu sehen

### **Die Sicherheit der Aktivist:innen**

Nachdem in mehreren europäischen Grossstädten (Wien, Berlin...) der russische Geheimdienst sehr aktiv ist, haben wir unsere jungen russischen Gäste gefragt, wie es um ihre Sicherheit bestellt sei. Sie berichten uns: Berlin und Wien werden besonders häufig von Geheimdiensten frequentiert; zwei Hauptangriffsformen sind weiterhin Vergiftungen und Cyberangriffe. 2024 wurden in Berlin vier Menschen getötet, ausschliesslich Frauen; das wurde in der Öffentlichkeit aber kaum bekannt. Lölja ist überzeugt, dass es in Europa keinen sicheren Ort gibt und dass Wien besonders stark von der Präsenz des Geheimdienstes betroffen ist. Ein Beispiel dafür: Philippe, ein bulgarischer Journalist, der seit langem in Österreich lebt, wurde auf einer Auslandsreise von den österreichischen Behörden kontaktiert, um ihm mitzuteilen, er solle nicht zurückkehren, da er auf einer Liste sei, auf der die Menschen stehen, die Russland töten wolle. Er gehorchte und lebt nun in Grossbritannien. RU-Aktivist:innen sind sich der Risiken bewusst, die sie eingehen. Wanja meint, dass die Risiken im Exil viel geringer seien als für diejenigen, die in RU bleiben. Lölja erläuterte verschiedene Massnahmen, die sie mit ihrem Sicherheitsteam ergreifen. Es gebe jedoch keine 100-prozentige Sicherheit, aber ihre Massnahmen senkten hoffentlich das Risiko. Sie aktualisieren ihre Protokolle ständig, insbesondere innerhalb Russlands.

Wanja spricht über ein allgemeines Misstrauen. In ihrer Bewegung versuchen sie,

«neue Leute» nach und nach einzubeziehen und ihnen Verantwortung zu übertragen. Lidija wiederum spricht über eine spezielle Schutzstrategie der Indigenen, nämlich ihre eigene Sprache zu sprechen. Grundsätzlich sind sich alle vier einig, dass die Risiken für die ukrainische Bevölkerung unter den Bomben viel grösser sei, als die Risiken, die sie als russische Aktivist:innen im Exil eingehen.

### Unterstützung der Opposition

Ein grosser Teil der Bevölkerung Russlands ist aktiv in den Krieg verwickelt. Unsere Gäste haben eine ziemlich pessimistische Sicht auf die mögliche Entwicklung der Gesellschaft. Bei Umfragen bezüglich eines Endes des Krieges, kommt es z.B. ganz darauf an, wie die Fragen gestellt werden: «Sind Sie gegen die Weiterführung des Krieges in der Ukraine?» wird viel eher mit «Nein» beantwortet als: «Wären Sie einverstanden, wenn Putin den Krieg beenden würde?». Darauf würden wohl die meisten mit «Ja» antworten. Deutlich ist jedenfalls eine allgemeine Kriegsmüdigkeit. Was aber würde das Ende des Krieges bedeuten und wie sollten die Bedingungen für das Kriegsende aussehen?

Auf unsere Frage, ob eine diplomatische Lösung möglich sei, antwortet Lölja, dass diplomatische Kontakte nicht zu echtem Frieden führen könnten, solange Putins Regierung an der Macht bleibe und solange Teile der Ukraine unter russischer Kontrolle stünden. Lidija fügt hinzu: «Es gibt keine Möglichkeit, den Krieg mit diplomatischen Mitteln zu beenden; der einzige Weg, den russischen Imperialismus zu stoppen, ist auf dem Schlachtfeld.» Wanja hingegen meint, dass eine militärische Lösung mit einer Armee, die über Atomwaffen verfügt, nicht möglich sei. Eine diplomatisch-politische Lösung muss versucht werden, jedoch auf Augenhöhe. Abgesehen davon, bedeute die

Unterstützung der Ukraine nicht nur, Waffen zu schicken.

Zum Widerstand gegen den Import fossiler Brennstoffe aus RU meint Lölja, dass die Zusammenarbeit mit westlichen Gruppen, die gegen diesen Import kämpfen, sehr wichtig sei. Ein grosses Manko westlicher Umweltgruppen sei, dass sie sich in dieser Frage nicht ausreichend engagierten. Bezüglich der Klimabewegung betont Wanja, dass wissenschaftlicher Austausch wichtig sei, um in RU ein besseres Verständnis der weltweiten Klimaveränderungen zu ermöglichen. Er wünscht sich mehr Zusammenarbeit und Austausch unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft.

Auf die Frage, ob es möglich sei, in Russland den Militärdienst zu verweigern, antwortet Lidija: «Es gibt Möglichkeiten, den Militärdienst aus medizinischen oder religiösen Gründen zu vermeiden, aber es ist sehr schwierig, diese Möglichkeiten ohne teure juristische Hilfe zu nutzen. Die russische Rekrutierung ist besonders aktiv und aggressiv gegenüber nicht-russischen Personen. Man zwingt Menschen dazu, gefälschte Arbeitsverträge zu unterschreiben, die in Wirklichkeit eine Einberufung zum Militärdienst darstellen.»

Nadja spricht auch über ihre Arbeit mit anderen Exilierten aus RU. Seit 2022 bevorzugen die Menschen in den Netzwerken, in denen sie aktiv ist, den anonymen Austausch. Sie sammelt Spenden für anarchistische Gruppen in der Ukraine wie das «Solidarity collective» und auch Spenden für politische Gefangene in Russland. Die russische Diaspora befindet sich teilweise in einem verzweifelten Zustand, es gibt viele Suizide. Im Exil kam sie mit europäischen

Linken, aber auch mit anderen Exilant:innen in Kontakt, wie z. B. aus RU exilierte Antifa-Aktivist:innen. Russische und ukrainische Linke haben im Exil untereinander Kontakt, auch wenn das nicht immer einfach ist. Oft können sich Differenzen aus Lagerdenken ergeben. Ein Beispiel dafür war die Demonstration in Berlin am 24. Februar dieses Jahres. Es gelang nicht, die Blöcke von ukrainischen Marxist:innen und russischen Anarchist:innen zusammenzubringen, da unterschiedliche Ansichten zur Palästina-Frage bestehen. Ein Slogan eines dekolonialen Kollektivs lautete: «Von der Ukraine bis Palästina: Besetzung ist ein Verbrechen».

Wanja meint, dass die Perspektive des globalen Südens für ihn wichtig sei, um den Krieg in Europa zu verstehen. Eine nationale oder regionale Lösung der Kriegsprobleme lässt sich nicht in einem einzigen Land finden. Er findet die Tendenzen zum Autoritarismus in den USA beängstigend, und auch in Europa. Auf die Frage nach der Unterstützung russischer Aktivist:innen antwortet er, dass es am Wichtigsten sei, die lokalen Rechtsextremen hier in den europäischen Ländern zu schwächen.

Constanze Warta und Claude Braun

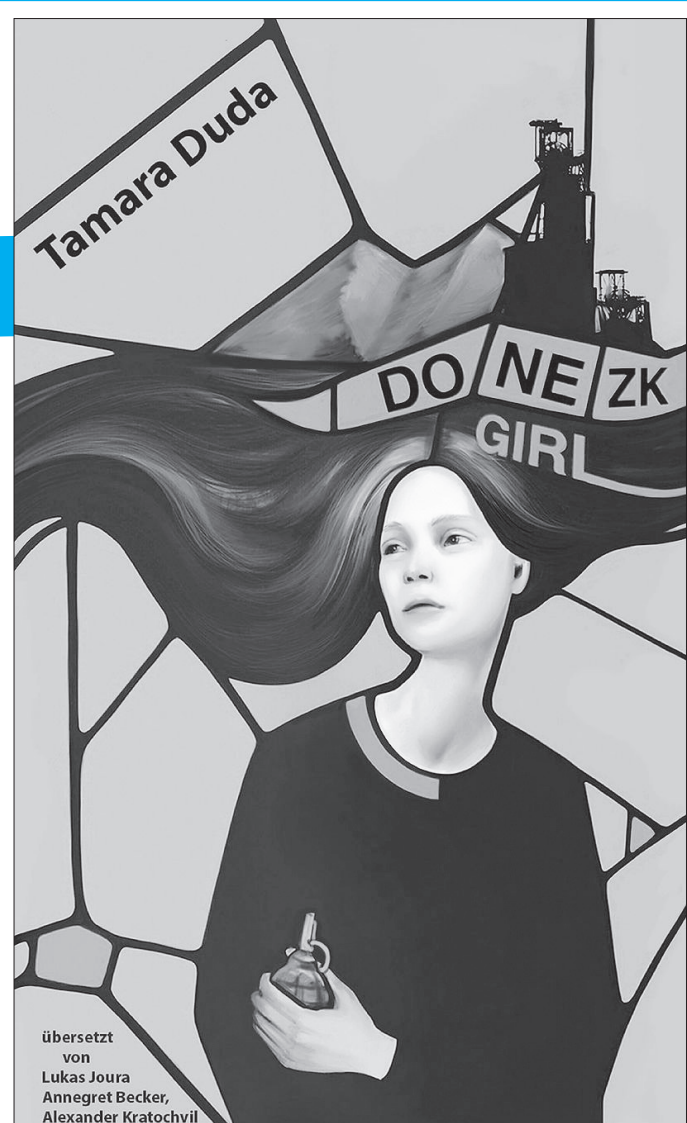
\* Namen von der Redaktion geändert

1. Siehe auch das Interview mit Lölja Nordic im Archipel Nr. 351 (Oktober 2025), sowie den Artikel über ihre Arbeit in Wien im Archipel Nr. 354 (Januar 2026).

2. Empfehlung eines Films: «Where Russia ends» von Olexsey Radinski.

## BUCHTIPP - DONEZK GIRL

Donezk im Frühjahr 2014. Eine junge Frau, Elfe genannt, kam als junges Mädchen aus Wolhynien in den Donbas, um fortan bei ihrer Grossmutter zu leben. Hier behauptet sie sich gegen einen grauen Alltag, baut sich eine Existenz als Glasgestalterin auf, wird erfolgreiche Unternehmerin – gegen alle Widerstände. Doch dann tauchen bewaffnete Männer auf, kommen russische Soldaten, erst verdeckt, dann offen. Jetzt muss sich Elfe entscheiden: Fliehen und alle und alles zurücklassen. Oder bleiben und sich widersetzen. Tamara Duda beschreibt in ihrem Roman nach authentischen Ereignissen und mit ganz persönlichem Zugang, wie sich Donezk im Jahr 2014 zunächst unmerklich, dann immer unwiderruflicher veränderte. Wie Menschen, Häuser und ganze Stadtteile zerstört, wie Plünderung und Gewalt alltäglich wurden, wie die russischen Besatzer immer weiter vordrangen und wie sich die Einheimischen dazu verhielten. Wie ein Film zieht die Handlung die Leserinnen und Leser in ihren Bann, voller Spannung und Tempo. Kaum bleibt Zeit, durchzuatmen. Nie zuvor wurden die Ereignisse des Jahres 2014 im Osten der Ukraine, die erste Phase der russischen Invasion, so ehrlich, so authentisch, so ergreifend und noch dazu aus der Perspektive einer Frau erzählt. Aus dem Ukrainischen übersetzt von Annegret Becker, Lukas Joura und Alexander Kratochvil, 368 Seiten, Mauke Verlag, [www.mauke-verlag.de/donezk-girl](http://www.mauke-verlag.de/donezk-girl)



# Europäische Solidarität

**Die rumänischen Sozialdemokraten haben sich mit einer ultranationalistischen Partei verbündet, die Roma aus der rumänischen Nation ausschliessen möchte. Die demokratische Schutzmauer ist gefallen – und die Roma werden die Folgen unmittelbar zu spüren bekommen.**

Die «Roma Foundation for Europe» warnte [bereits am Tage der Einreichung des gemeinsamen Misstrauensantrags – Anm. d. Red.], dass die Sozialdemokratische Partei Rumäniens als erste rumänische Mainstream-Partei seit zwei Jahrzehnten eine Grenze überschritten habe, indem sie gemeinsam mit der ultranationalistischen AUR – der Allianz für die Union der Rumänen –, deren Programm Roma ausdrücklich aus der rumänischen Nation ausschliesst, einen Misstrauensantrag gegen die pro-europäische Koalition des Landes einreichte. Dieser Schritt erfolgte einen Monat, nachdem sich die Partei der Europäischen Sozialisten (PES) öffentlich gegen genau diese Art der Zusammenarbeit ausgesprochen hatte. Die demokratische Schutzmauer – ein politisches Bekenntnis, das seit dem Aufstieg der extremen Rechten von jeder rumänischen demokratischen Partei aufrechterhalten und von jeder europäischen Institution, die Rumäniens demokratischen Status bewertet, bestätigt wurde – ist von der Partei eingerissen worden, die sie eigentlich hätte aufrechterhalten sollen.

«Dies ist kein politischer Rückschlag. Für die Roma in Rumänien ist dies eine existenzielle Bedrohung jener Institutionen, die speziell zu ihrem Schutz geschaffen wurden», sagte Mensur Haliti, Vizepräsident für Demokratie bei der «Roma Foundation for Europe». Die Folgen für die Roma sind konkret und unmittelbar. Rumäniens «Nationaler Rat zur Bekämpfung von Diskriminierung» – die Institution, die für die Bewertung von Programmatik und Praxis der AUR zuständig ist – stünde unter einer von der AUR abhängigen Koalition vor einer feindseligen Umstrukturierung. Verpflichtungen zur Aufhebung der Rassentrennung im Bildungswesen im Rahmen der Nationalen Roma-Strategie Rumäniens könnten unter einer Regierung, deren Existenz von der Duldung durch die AUR abhängt, nicht bestehen. Die Tranche der EU-Wirtschaftsaufbau- und Resilienzfazilität in Höhe von 10 Milliarden Euro, die an Aufla-

gen in Bezug auf die Roma geknüpft ist, läge in den Händen einer Koalition, die mit der Partei verbündet ist, die diese ablehnt. Diese Auflagen wären keine Verpflichtungen mehr, sondern nur noch Papier.

Zu ihrer Verteidigung hat die PSD auf ein Misstrauensvotum aus dem Jahr 2021 verwiesen, bei dem die USR (Union zur Rettung Rumäniens) und die AUR gemeinsam handelten. Es stimmt, dass eine einzelne taktische Abstimmung in der Opposition noch keine Regierungskoalition darstellt. Doch was die PSD diese Woche getan hat, schafft eine strukturelle Abhängigkeit – eine Koalition, welche die Zusammenarbeit der AUR benötigt, um zu funktionieren, und die ohne diese nicht überleben kann. Nicht alle Stimmen innerhalb der PSD unterstützten diese Entscheidung.

Was den Schritt dieser Woche über Rumänien hinaus bedeutender macht, ist nicht sein Ausmass, sondern sein Mechanismus. Die Sozialdemokraten haben kein Gesetz gebrochen. Sie nutzten die üblichen Instrumente der parlamentarischen Demokratie, um einer Bewegung, die explizit auf eine benachteiligte Minderheit abzielt, politischen Einfluss zu verschaffen. In Europa mangelt es nicht an Rahmenwerken zur Verteidigung der Demokratie – doch die meisten sind darauf ausgelegt, externen Druck zu erkennen, nicht aber interne Erosion, die sich mit verfahrensrechtlicher Legitimität tarnt.

Dieses Muster ist nicht ohne Präzedenzfall: Als sich die CDU/CSU im Jahr 2025 im Deutschen Bundestag auf die Stimmen der AfD stützte, um ein Migrationsgesetz zu verabschieden, wurde dies weithin als erster bedeutender Durchbruch der demokratischen Schutzmauer auf EU-Ebene angesehen. Was derzeit in Rumänien geschieht, folgt derselben Logik, angewendet von einer Partei, die der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten angehört. Die Europäische Kommission muss den Anwendungsbereich des «European Democracy Shield» – des EU-

Rahmens zum Schutz demokratischer Institutionen und Prozesse – erweitern, um die Legitimierung der extremen Rechten durch den innerstaatlichen parlamentarischen Prozess als eigenständige demokratische Bedrohung anzuerkennen.

«Die Partei der Europäischen Sozialisten hat eine Erklärung abgegeben, in der sie sich genau gegen dieses Bündnis ausspricht. Die rumänischen Sozialdemokraten haben dies ignoriert und den Antrag trotzdem eingereicht. Die Frage ist nun, ob die europäische Parteisolidarität etwas bedeutet, wenn sie auf die Probe gestellt wird – oder nur, wenn es gerade passt», sagte Mensur Haliti.

## Forderungen

Die «Roma Foundation for Europe» fordert die PES, die pro-europäischen Parteien Rumäniens und die Europäische Kommission auf:

- Die Partei der Europäischen Sozialisten (PES) soll von Erklärungen zu Konsequenzen übergehen – durch die Aussetzung von Stimmrechten, formelle Verweise oder gleichwertige interne Sanktionen –, um deutlich zu machen, dass das Überschreiten dieser Grenze einen echten Preis hat.
- Rumäniens pro-europäische Parteien sollen jede Koalitionsvereinbarung ablehnen, welche die Stimmen der AUR erfordert – einschliesslich solcher, die nach einer vorgezogenen Wahl oder einer Parlamentsumbildung attraktiv erscheinen mögen.
- Die Europäische Kommission soll die mit der Tranche der «Recovery and Resilience Facility» für Rumänien verbundenen Auflagen in Bezug auf die Roma ohne Zugeständnisse durchsetzen und den Anwendungsbereich des «European Democracy Shield» ausweiten, um der Legitimierung der extremen Rechten durch den innerstaatlichen parlamentarischen Prozess entgegenzuwirken.

Roma Foundation for Europe

## Redaktioneller Nachtrag:

Rumänische Sozialdemokraten und die Ultranationalisten von AUR und anderen Parteien stimmten Anfang Mai gemeinsam und mit parlamentarischer Mehrheit für die Absetzung der Regierung. Bis heute (Ende Mai) ist unklar, wie eine Regierungsmehrheit ohne die Rechtsextremen geschaffen werden kann, da sich die Sozialdemokraten selbst blossgestellt haben. In etlichen Meinungsumfragen führt die AUR mit Abstand.





SAATGUT

# Das AllerLeuteRecht – eine konkrete Utopie

**Dass Saatgut Gemeingut ist und allen gehört, weil wir alle es brauchen, war lange eine Selbstverständlichkeit und ist auch heute noch im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert. Das Recht auf Saatgut ist ein Menschenrecht, so hat es die UNO-Vollversammlung festgeschrieben, doch wie jedes Menschenrecht wird es nicht immer und überall selbstverständlich gewährt.**

Wir Unverblühten\*, die es entwickelt haben, bekommen viele positive Rückmeldungen zum AllerLeuteRecht, und gleichzeitig wird es von manchen als Utopie abgetan – das sei niemals erreichbar, hören wir, wir müssten uns auf konkrete, pragmatische Forderungen beschränken, wird uns gesagt. Der Menschenrechtsexperte Wolfgang Kaleck bezeichnet die Menschenrechte als konkrete Utopie – eine Utopie, die verwirklicht werden kann.<sup>1</sup> Mit konkreten Möglichkeiten der Verwirklichung. Und genau das ist auch das AllerLeuteRecht.

## Vorbilder

Ausgangspunkt waren für uns die UNDROP (UNO-Erklärung über die kleinbäuerlichen Rechte als Menschenrechte) und die Erkenntnis, dass wir verbrieft Rechte (und nicht komplizierte Ausnahmen) brauchen, um unser Saatguthandwerk in aller Ruhe ausüben zu können. Die EU hat sich der Biodiversitätskonvention verpflichtet, damit ist sie auch verpflichtet, die Erhaltung der agrikulturellen Biodiversität umzusetzen. Die Nutzpflanzen-Biodiversität kann nur mit und durch Menschen, die sie nutzen und pflegen, erhalten werden, daraus ergibt sich, dass es allen Menschen ermöglicht werden muss, sie zu nutzen und zu pflegen. Umfassend und in aller Vielfalt.

Es gibt alte Rechte der Allgemeinheit, die in modernen Gesetzgebungen mehr oder weniger gut gewährleistet werden. So wie es eigentlich selbstverständlich ist, dass alle Menschen über ihr Saatgut verfügen dürfen, so selbstverständlich spazieren wir frei durch die Natur, betreten Wälder, sammeln Pilze und Beeren, baden im See. Ja, richtig, auch diese Naturnutzungsrechte sind nicht immer und überall selbstverständlich. Doch es gibt Vorbilder, die zeigen, dass es möglich ist, diese alten Rechte auch in einer modernen Gesetzgebung abzusichern:

## Der bayerische Schwammerlparagraf

In Bayern steht in der Landesverfassung in Artikel 141: «Der Genuss der Naturschönheiten und die Erholung in der freien Natur, insbesondere das Betreten von Wald und Berg-

weide, das Befahren der Gewässer und die Aneignung wildwachsender Waldfrüchte in ortsüblichem Umfang ist jedermann gestattet. Dabei ist jedermann verpflichtet, mit Natur und Landschaft pfleglich umzugehen. Staat und Gemeinde sind berechtigt und verpflichtet, der Allgemeinheit die Zugänge zu Bergen, Seen, Flüssen und sonstigen landschaftlichen Schönheiten freizuhalten und allenfalls durch Einschränkungen des Eigentumsrechtes freizumachen sowie Wanderwege und Erholungsparks anzulegen.»

Genau so soll es sein: Staat und Gemeinden haben für die Umsetzung des Schwammerlparagrafen (Schwammerl=Pilz) zu sorgen. Dadurch kann das Recht tatsächlich in Anspruch genommen werden, denn die einzelne Person ist per Gesetz von Auseinandersetzungen mit Grundstückseigentümern befreit.

## Schweden, Norwegen und Schottland

Allemansrätten, das schwedische Jedermannsrecht ist allen, die schon einmal in Schweden waren, ein Begriff: Alle dürfen überall baden, zelten, Früchte sammeln, kurz die Natur geniessen und sich selbst versorgen, egal, wem das Land gehört, auf dem sie das tun wollen. Ein altes Gewohnheitsrecht, das eng mit der schwedischen Kultur verbunden ist. Wer in Schweden aufwächst, lernt schon im Kindergarten, wie man achtsam mit der Natur umgeht. Eingeschränkt wird das Allemansrätten durch Achtung der Privatsphäre – so muss etwa zu Wohnhäusern Abstand gehalten werden – und seine Ausübung darf der Natur und anderen Menschen keinen Schaden oder Nachteile zufügen.

Während es in Norwegen Lov om friluftsliv seit 1957 gibt, ist das schwedische Allemansrätten erst seit 1994 durch einen kurzen Text, der jedem und jeder freien Zugang zur Natur gewährt, in der Regierungsform, einem Teil der schwedischen Verfassung, festgeschrieben.

Interessant für uns ist auch das Beispiel Schottland, wo das uralte Gewohnheitsrecht, sich auf unkultiviertem Land frei bewegen zu dürfen, erst 2003 im Land Reform Act

abgesichert wurde. Wir sind also durchaus im Trend der Zeit, wenn wir sagen, dass wir jetzt endlich einen Artikel 1 im Saatgutgesetz und einen Zusatzartikel in der EU-Charta der Grundrechte brauchen, der den freien Zugang zu Saatgut für alle Menschen ein für alle Mal absichert.

## Antworten auf viele Fragen

Wenn wir vom AllerLeuteRecht erzählen, werden wir oft gefragt: «Wie stellt Ihr Euch das vor? Wie soll das gehen?» Das ist gut, denn um eine konkrete Utopie zu verwirklichen, brauchen wir die Vorstellungskraft, sie vor uns zu sehen. Wie also wird das sein, wenn das AllerLeuteRecht auf Saatgut konkrete Wirklichkeit ist? Wie kann es funktionieren?

### FAQ: Gibt es das AllerLeuteRecht?

Nein, noch nicht. Wir fordern ein AllerLeuteRecht auf Saatgut, das in der EU-Charta der Grundrechte und als Artikel 1 in der Saatgutgesetzgebung verankert werden soll.

### Warum brauche ich ein AllerLeuteRecht?

Das AllerLeuteRecht ist eine rechtliche Absicherung, ein Schutz vor möglichen Klagen und Anzeigen. Bisher sind sowohl Behörden als auch Firmen zurückhaltend und tolerant, das kann sich jederzeit ändern. Ausserdem ist das AllerLeuteRecht viel umfassender als alle bestehenden und geforderten Ausnahmen, denn es betrifft auch Saatgut, das als Handelssorte gelistet, patentiert oder sortengeschützt ist. So soll verhindert werden, dass Saatgut durch Privatisierung für uns einfache Menschen verlorengeht.

### Wann gilt das AllerLeuteRecht nicht?

Das AllerLeuteRecht basiert auf der Idee einer gemeinsamen Verantwortung. Wir nutzen dieses Recht, indem wir die Vielfalt der Nutzpflanzen pflegen und für zukünftige Generationen bewahren. Alles andere fällt nicht unter das AllerLeuteRecht. Es endet dort, wo es der Natur, der Agrobiodiversität oder anderen Menschen schadet. Das AllerLeuteRecht beinhaltet Rechte und Pflichten, der sorgsame Umgang mit Saatgut ist Voraussetzung dafür, dass es in Anspruch genommen werden kann.

### Wie gross ist die Menge, die ich weitergeben darf?

Das übliche Ausmass hängt von vielen Faktoren ab, von der Art, der Sorte, eventuellen neuen Erkenntnissen über die genetische Vielfalt innerhalb einer Varietät, davon ob ich die Einzige bin, die Verantwortung für eine Sorte übernommen hat oder ob es einen regen Austausch gibt, davon, wie oft ich die Sorte vermehre, usw. Richtwerte folgen bestehenden und zukünftigen wissenschaftlichen Studien, Publikationen, der Fachliteratur und dokumentiertem handwerklichem Erfahrungswissen.

### Warum werden keine Mengen genannt?

Das AllerLeuteRecht ist ein Grundrecht. Ähnlich wie bei den Menschenrechten, dem skandinavischen Jedermannsrecht und in der Verfassung festgeschriebenen Grundrechten, muss der Text zeitlos sein. Die Umsetzung erfolgt durch die Staaten, die gegebenenfalls Verordnungen erarbeiten können. Wie bei jedem Gesetz bleibt ein Abwägungsspielraum. Selbst im Strafgesetzbuch sind es letztlich gerichtliche Abwägungen, in denen z.B. über das Ausmass der Fahrlässigkeit oder Vorsätzlichkeit entschieden wird.

### Gilt das dann auch für Firmen?

Das AllerLeuteRecht gilt für Menschen. Die Abgrenzung zu kommerziellen Aktivitäten erfolgt durch den Passus «für den eigenen Bedarf und für die Erhaltung der Biodiversität im zur Erhaltung üblichen Ausmass». Wenn zum Beispiel eine Bäuerin Saatgut im Rahmen ihrer Erhaltungstätigkeit verkauft, fällt das unter das AllerLeuteRecht. Vermehrt ein Betrieb Saatgut extra nur für den Verkauf, ist das dagegen weder Selbstversorgung noch Erhaltungsarbeit.

### Wo ist die Grenze zwischen kommerzieller Nutzung und Eigenbedarf?

Kommerzielle Nutzung von Saatgut liegt vor, wenn Saatgut zum Zweck des Verkaufs produziert wird. Eigenbedarf dient der Selbstversorgung. Auch für die Selbstversorgung mit eigenem Saatgut muss ich eine gewisse Anzahl von Samenträgern anbauen, damit die genetische Vielfalt meiner Sorte erhalten bleibt. Daraus ergibt sich, dass ich mehr Saatgut habe, als ich selbst anbauen kann. Diesen Überschuss kann ich nach dem AllerLeuteRecht verkaufen.

### Kann das AllerLeuteRecht nicht leicht missbraucht werden?

Wie jedes Gesetz kann natürlich auch das AllerLeuteRecht missbraucht oder nicht eingehalten werden. Das Recht aller Leute auf Saatgut, auf Nutzung, Zugang und Weitergabe von Saatgut ist ein besonderes Privileg, das allen die Freiheit gibt, über ihre Ernäh-

rung selbst zu bestimmen. Es basiert auf der Idee einer gemeinsamen Verantwortung. Wie beim Jedermannsrecht oder zum Beispiel bei der Mülltrennung würde es natürlich auch vorkommen, dass einzelne Personen nicht verantwortungsvoll damit umgehen. Es ist Aufgabe der Staaten, die Einhaltung zu kontrollieren und die gemeinsame Verantwortung zu vermitteln.

### Wie soll das gehen, wenn das alle machen? Wenn viele Leute das gemeinsam machen, werden da die Mengen nicht zu gross?

Wenn sich Viele an der Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt beteiligen, wäre das schön! Schliesslich lebt die Nutzpflanzenvielfalt davon, dass sie an möglichst vielen Orten von möglichst vielen verschiedenen Menschen angebaut und genutzt wird. Es gibt ein interessantes Urteil des obersten Gerichtshofs in Schweden: Das Jedermannsrecht kann von vielen gemeinsam und gleichzeitig genutzt werden, solange diese Aktivitäten keinen Schaden anrichten oder Nachteil für andere verursachen.

### Wer soll das kontrollieren?

Die Gemeinden und Staaten sind verantwortlich dafür, dass niemand an der Ausübung des AllerLeuteRechts gehindert wird und dass es niemand missbraucht. Sie haben durch geeignete Massnahmen für die geregelte Umsetzung des Rechts zu sorgen. Das umfasst auch die Vermittlung der Rechte und Pflichten, die das AllerLeuteRecht beinhaltet.

### Wäre durch das AllerLeuteRecht das Nagoya-protokoll<sup>2</sup> nicht mehr gültig oder notwendig?

Nein, das Nagoyaprotokoll regelt einen Vorteilsausgleich für die ursprünglichen Nutzer:innen von Saatgut bei kommerzieller Verwertung durch andere. Das AllerLeuteRecht hätte da keine Auswirkung.

### Gibt es jemanden, der durch das AllerLeuteRecht benachteiligt würde?

Es ist denkbar, dass Saatgutfirmen fürchten, dass sich die Menschen wieder mehr selbst mit Saatgut versorgen würden. Patente, Sortenschutz und Sortenregistrierung wür-

den klar auf den Wettbewerb der Firmen untereinander beschränkt.

### Warum gilt das AllerLeuteRecht auch für Handelssorten und für Sorten mit Sortenschutz?

Weil Sortenschutz, Registrierung und Patente für Züchtungsfirmen und andere kommerzielle Akteur:innen geschaffen wurden, damit sie untereinander einen fairen Wettbewerb haben. Selbstversorgung und Erhaltung der Biodiversität haben damit nichts zu tun. Zum einen schützt das AllerLeuteRecht vor zukünftiger Privatisierung von Sorten und zum anderen ist es wichtig, dass auch schon bestehende Handelssorten sich in unseren Gärten weiterentwickeln können.

### Auf welcher rechtlichen Grundlage beruht das AllerLeuteRecht? Auf welcher Grundlage könnte es durchgesetzt werden?

Das AllerLeuteRecht wäre eine neue Rechtsgrundlage, die auf alten Gewohnheitsrechten beruht. Internationale Abkommen, denen sich die EU und die Staaten verpflichtet haben, aus denen sich das AllerLeuteRecht begründen lässt und die gute Argumente für ein AllerLeuteRecht beinhalten, sind: die UNDROP Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der Kleinbäuer:innen und der Landbevölkerung, der ITPGR-FA Internationaler Saatgutvertrag, in dem bäuerliche Rechte formuliert sind, die CBD Biodiversitätskonvention, in der u.a. die Wichtigkeit der indigenen Bevölkerung und des traditionellen Wissens für die Biodiversität betont wird, und der ICESCR, der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, wo die Umsetzung des Rechts auf angemessene Ernährung vereinbart wurde.

Barbara Hable / Unverblümt\*

\* Die Initiative «Unverblümt» ist eine unabhängige Interessensvertretung selbstorganisierter Saatguthandwerker:innen und beschäftigt sich seit Jahren mit dem Thema Rechtsicherheit für Erhalter:innen der Vielfalt.

1. Wolfgang Kaleck: Die konkrete Utopie der Menschenrechte. Ein Blick zurück in die Zukunft. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 2021.

2. Das Nagoya-Protokoll ist ein internationales Umweltabkommen. Es soll einen fairen Ausgleich bei der Nutzung von genetischen Ressourcen (z. B. Pflanzen, Tieren oder Mikroorganismen) regeln und verhindern, dass sich forschende Unternehmen und Institutionen aus Industrieländern einfach in Entwicklungsländern bedienen, ohne dass das Ursprungsland oder die dortige Bevölkerung davon profitiert.

## EIN GRUNDLEGENDES RECHT

Die EU arbeitet an einem neuen Saat- und Pflanzgutrecht. Wir Saatguterhalter:innen sind unzufrieden mit den alten EU-Richtlinien und ihrer nationalen Umsetzung in Österreich, Deutschland und anderen Ländern, weil wir keine Rechtsgrundlage für unser Tun vorweisen können. Die Entwürfe für die neue EU-Verordnung konzentrieren sich darauf, die sogenannten «genetischen Ressourcen», also unsere freien Sorten, für die kommerzielle Nutzung verfügbar zu machen. Es ist zu befürchten, dass durch erleichterte Zulassungsbedingungen auch die Privatisierung von Saatgut erleichtert wird. Mit jeder Sortenregistrierung steigt

das Risiko für die einfachen Menschen, die ihr eigenes Saatgut pflegen, vermehren und in Verkehr bringen, vom neuen Zulassungsinhaber geklagt zu werden. Selbst mit strafrechtlichen Konsequenzen ist im Fall einer Anzeige (wegen «Betrugs») zu rechnen. Als Betroffene erleben wir, dass unsere wichtige Arbeit der Saatguterhaltung bestenfalls bis auf Abruf geduldet ist. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass wir ein grundlegendes Recht brauchen, das unsere Arbeit anerkennt und jetzt und in Zukunft absichert.

**Archipel**  
Monatszeitung des  
Forum Civique

Schweiz:  
Postfach 1115,  
CH-4001 Basel  
Tel: 0041/61 262 01 11  
ch@forumcivique.org

Österreich:  
Lobnik 16  
A-9135 Zelezna Kapla  
Tel: 0043/42 38 87 05  
at@forumcivique.org

Deutschland:  
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf  
D-17159 Dargun  
Tel: 0049/39 959 23 881  
de@forumcivique.org

Frankreich:  
St. Hyppolite  
F-04300 Limans  
Tel: 0033/4 92 73 05 98  
fr@forumcivique.org

Ukraine:  
vul. Borkanyuka 95  
UA-90440 Nischnje Selischtshe  
Tel: +380 67 31 27 970  
ua@forumcivique.org